

Stadt
UEBACH-PALENBERG
Eing. 09. Feb. 2022
Abt.: 

Von:

Gesendet: Dienstag, 8. Februar 2022 21:12

An: Info <info@uebach-palenberg.de>

Cc:

Betreff: Gute Politik muss in die „Gute Stube“

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie meinn Antrag zu o.g. Betreff.

Mit freundlichen Grüßen

Stadtverwaltung Übach-Palenberg
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg



Übach-Palenberg, 08.02.2022

Betreff: Gute Politik muss in die „Gute Stube“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle meinen Antrag für einen Ratsbeschluss zu o.a. Betreff.

Zur Begründung:

Ich schließe mich als CDU-Mitglied dem „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen“ vom 08.12.2020 an und erweitere diesen durch meine Begründungen.

Die Ablehnungsgründe, welche in der Niederschrift der Sitzung des HuF vom 25.02.2021 zu finden sind, finden keine Akzeptanz, da absurd.

Sie zeugen von Unsicherheit, Nervosität und fehlendem Charisma.

Was andere Kommunen machen, steht nicht zur Diskussion.

Was im Bundestag funktioniert, funktioniert in Übach-Palenberg schon lange.

Deshalb bin ich der Ansicht, dass Wirken und Handeln unserer Politiker zu den Menschen gebracht werden muss.

Gute Politik ist eine Bringschuld.

Menschen mit Behinderungen, Menschen die alt und deshalb nicht mehr mobil sind, werden von wichtigen Informationen abgeschnitten. Sie können Sitzungstermine nur mühsam bzw. nicht wahrnehmen.

Niemand rollt mühsam mit seinem Rollator oder gar Rollstuhl ins Rathaus, wenn es denn

nicht unbedingt sein muss.

Menschen in Altenheimen wählen ebenso, entweder selbstständig oder mittels Beauftragten.

Um deren Stimmen wirbt die Politik auch, denn deren Stimmen werden auch gezählt, sind wichtig.

Diese Menschen dürfen nicht im Stich gelassen werden, denn sie haben großen Anteil an unserem Wohlstand.

Viele sind nicht in der Lage, das Alten-/Pflegeheim zu verlassen.

Hier herrscht nicht Interessenlosigkeit, sondern Hilflosigkeit.

Auch sind Berufstätige, die lange Arbeitstage wie lange Wegstrecken zu ihren Arbeitsplätzen haben, nicht an Informationen beteiligt, welche Öffentliche Sitzungen hervorbringen.

Auch m mit deren Steuergeldern werden Sitzungsgelder gezahlt.

Menschen mit Schichtdienst - wir kennen sie alle - können ob ihrer beruflichen Belastungen nicht an Sitzungen teilnehmen, weil sie nach Schichtende im wahrsten Sinne des Wortes kaputt sind (s. Gesundheitsbereich, Polizei, etc.), kaputt zum Wohle auch derer, die in Stadträten sitzen.

Kein Mensch, der den ganzen Tag bei Wind und Wetter draußen arbeitet, geht aus reiner Vergnügungssucht am Abend ins Rathaus.

Im Besonderen sind vom Mangel an Informationen junge Menschen in Ausbildung, sei es nun in beruflicher oder schulischer, betroffen.

Speziell diese müssen am politischen Geschehen nicht nur unserer Stadt teilnehmen können, damit sie politisch nicht auf die „schiefe“ Bahn geraten, dann dafür Sorge zu tragen ist eine Hauptaufgabe der Politik.

Das Volk wählt nicht, damit nach einer Wahl in Gutsherrenmanier Dinge an ihm vorbei entschieden werden.

Ein **guter Politiker** zeigt unverblümt seine Offenheit, seine Nähe, seine Verbundenheit mit den Menschen.

Er geht zu ihnen, er will, dass alle am politischen Geschehen teilhaben, sich nicht von Besserwissern in die Ecke gestellt fühlen, die es nicht besser wissen.

Mit freundlichen Grüßen